

Wöchentlich 10 Pfennig monatlich 3.- Reichsmark im voraus zahlbar. Unser Strohband im In- und Ausland 3.20 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Kultur- und Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Witz“, „Aus der Heimat“, „Stadtblätter“, „Frauentumme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“, „Blitz in die Bäderwelt“, „Kulturarbeit“ und „Lehmit“ erscheint wöchentlich zweimal, Donnerstags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige sozialistische Kampfbroschüre des Monats Reichsmark 2.- Reichsmark „Kleine Nachrichten“ das letzte Heft des Monats 10 Pfennig (zuletzt zwei Heftchen) jedes Heft 12 Pfennig. Die Einzelhefte des ersten Heftes 15 Pfennig, jedes weitere Heft 10 Pfennig. Worts über 15 Doppelhefte zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindendruck 2, wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37596 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Walfir. 63. Diskonto-Gesellschaft, Depostenkasse Lindenstr. 3

Bayern gegen deutsche Einheit.

Ministerpräsident Dr. Heldt fordert Stärkung der Länder.

Auf der Länderkonferenz erstattete der bayerische Ministerpräsident Dr. Heldt das erste Referat über das Thema „Reich und Länder“.

Heldt führte aus: Er gehe mit dem ersten Referenten des Tages durchaus einig in der Auffassung über den Kompromißcharakter der Weimarer Verfassung zwischen Bundesstaat und Einheitsstaat. Die Weimarer Verfassung sei in dieser Beziehung eine im Grunde unmögliche Lösung. Der wirkliche Grund für das mancherlei Durcheinander und Gegeneinander in Deutschland liegt aber keineswegs in der geistigen und sozialen Zerrissenheit des deutschen Volkes. Diese Zerrissenheit würde auch im Einheitsstaat nicht vermindert, sondern vermehrt. Der Einheitsstaat bedeute keinerlei finanzielle Ersparnis. Jede Art von Einheitsstaat bedeutet einen Umsturz der Verfassung in ihren Grundlagen. Man sollte daher von einer solchen umstürzenden Umgestaltung zum Einheitsstaat absehen und zunächst die Mängel der Weimarer Verfassung beseitigen, die zu den unerträglichen Zuständen, wie wir sie jetzt haben, Anlaß gegeben haben.

Alle Vorschläge, die Eigenstaatlichkeit der Länder aufzuheben oder einzuschränken, begegnen grundsätzlich den schwersten Bedenken.

Der Kernpunkt des innerdeutschen Problems ist das Problem Reich und Preußen. Hierzu werden hauptsächlich zwei Vorschläge gemacht: Einmal der, Preußen im Reich als Reichsland aufgehen zu lassen, und dann der entgegengesetzte Vorschlag, Preußen zu erhalten und ihm eine Hegemonialstellung im Reich einzuräumen. Die Durchführung des einen oder des anderen Weges konnte jedenfalls nur mit Zustimmung Preußens erfolgen. Bei der Lösung auf dem einen oder dem anderen Wege müßten die Länder unbedingt folgende Forderungen erheben:

1. Verfassungsautonomie der Länder und ihre Sicherung.
2. Gebietsautonomie der Länder.
3. Einschränkung der Gesetzgebungsmacht des Reiches.
4. Sicherstellung der Länderverwaltung gegen Eingriffe der Reichsverwaltung.
5. Wiederherstellung einer größeren finanziellen Selbständigkeit der Länder durch eine Ausschöpfung der Steuerquellen und Rückübertragung der Steuerverwaltung für die eigenen Steuerquellen. Ein Finanzausgleich, der den rechtlichen und tatsächlichen Verhältnissen entspricht und die Erhaltung der Länder selbständigkeit ermöglicht.

6. Ausbau des Reichsrats als Gesetzgebungsfaktor.
7. Verfassungsmäßige Sicherung aller dieser Rechte der Länder.

Für eine durchgreifende Revision der Verfassung in dem angegebenen föderalistischen Sinn ist aber nach vielfach vertretener Auffassung die Zeit noch nicht gekommen. Immerhin ließe sich aber ein gewisses Mindestprogramm zur Verbesserung der gegenwärtigen unhaltbaren Zustände durchführen, und zwar auch ohne Verfassungsänderung. Hier läge vor allem in Betracht 1. eine Verbesserung des Finanzausgleichs, der den Lebensinteressen der Länder wirklich Rechnung trägt, 2. ein Ausbau weiterer Zuständigkeiten zugunsten der Länder auf der Grundlage der Augustvereinbarungen des Jahres 1922. Auch den wirtschaftlichen Forderungen der Länder in bezug auf das Beschaffungswesen für Heer und Verkehrswege könnte ohne weiteres vom Reich aus Rechnung getragen werden. Die geradezu unerträgliche Zentralisierung des Geld- und Kreditwesens in Berlin müßte im Wege der Vereinbarung zwischen Reich und Ländern beseitigt werden.

Heldt schloß, man werde ohne Zwang auf der Grundlage des heutigen Ausbaus des Reichs zu einem gezielten Nebeneinanderkommen.

Nach dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt sprach gestern nachmittag der preussische Ministerpräsident Otto Braun auf der Länderkonferenz. Trotz aller Bemühungen war es bis heute mittag 2 Uhr nicht möglich, einen Bericht über diese Rede zu erhalten. Die Berichterstattung liegt der Reichspressstelle ob.

Diskussion über die Referate.

Die Länderkonferenz nahm heute morgen 10 Uhr ihren Fortgang. In der Diskussion zu dem gestern in Referaten und Korreferaten behandelten Thema über die Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sprachen Ministerpräsident Heldt, Sachsen, Staatsminister Dr. Leutheuser, Thüringen, Staatspräsident Ulrich-Hesse, Staatspräsident Dr. Remmele, Baden, Ministerpräsident Dr. Braun, Preußen, Ministerpräsident von Finckh-Oldenburger, Finanzminister Dr. Höpfer-Ushoff, Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und der Vorsitzende des Landespräsidiums, Präsident Dr. Drake-Bipp, der Vorsitzende des Staatsministeriums Dr. Jasper-Braunschweig und der Ministerpräsident Delft-Anhalt.

Der tolle Bazille.

Ein deutschnationaler Staatspräsident droht mit Reichsverrat.

„Die Sorge ist berechtigt, daß der Versuch gemacht werden wird, durch mehr oder weniger sanften Druck und auf Umwegen zum Einheitsstaate zu gelangen. Sollte dieser Weg beschritten werden, so wird eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches heraufbeschworen, denn nichts ist irriger als die Meinung, die Länder würden sich schließlich in ihr unvermeidliches Schicksal fügen. So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken.“

Der diese Worte gestern auf der Länderkonferenz in der Reichskanzlei sprach, das war der Staatspräsident von Württemberg, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bazille.

So wie diese Worte sind, ist die ganze Rede. Durch die Ueberreiztheit des Tones, durch ihre gesuchte Demagogie fällt sie ganz aus dem Rahmen dieser sonst sehr sachlichen Veranstaltung heraus. Dadurch aber erwirbt sie sich das Verdienst, die Gegensätze, um die es sich handelt — sei es auch in etwas karikaturistischer Uebertreibung — aufs klarste darzustellen.

Die Sozialdemokratische Partei hat Deutschland zur Republik gemacht. Sie hat mit dem Zentrum und den Demokraten zusammen die Verfassung von Weimar geschaffen, und auf dieser republikanisch-demokratischen Grundlage hat sich nach dem verlustreichsten aller Kriege ein Wiederaufstieg des Reiches vollzogen, wie ihn noch vor wenigen Jahren kein Mensch für möglich gehalten hätte.

Um diesen Aufstieg fortzusetzen, tritt die Sozialdemokratie für eine konsequente Weiterentwicklung der Weimarer Verfassung ein. Sie will mit den elenden Resten aus der Zeit der dunastischen Zerrissenheit ein Ende machen. Sie will die straffere Zusammenfassung der nationalen Kräfte. Was wollen ihre Gegner? Was will Bazille?

Die Deutschnationalen haben sich von vornherein mit fanatischem Eifer allem entgegengesetzt, was das deutsche Volk in den letzten Jahren vorwärtsgebracht hat, sowohl der staatsrechtlichen Entwicklung des Reiches wie seiner auswärtigen Politik. Wenn sie um eines Anteils an der Macht willen den „Schutz der Republik“ und die „Fortführung der Politik von Locarno“ übernommen haben, spielen sie eine ebenso verlogene wie lächerliche Rolle. Denn sie sind Feinde der Republik, sie sind Gegner der Verständigung. Das sagen sie selbst alle Tage.

Und nun kommt dieser Bazille und hält seine Rede auf der Länderkonferenz. Er wendet sich gegen die Verfassung von Weimar und ihre sinngemäße Weiterentwicklung. Und er kommt mit dunklen Drohungen.

Was heißt das: „Eine unmittelbare Gefahr für den Bestand des Reiches wird heraufbeschworen?“ Wer bedroht den Bestand des Reiches, wenn es nicht Herr Bazille und seine Partei tun?

„Nichts ist irriger als die Meinung, die Länder würden sich schließlich in ihr unvermeidliches Schicksal fügen.“ Was werden sie denn sonst tun? Niemand denkt daran, etwas gegen die Länder zu unternehmen, was gegen die Verfassung ist. Abgeändert werden kann die Verfassung nur durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags oder durch die Mehrheit aller stimmberechtigten Deutschen. Wer droht mit der Rebellion der Länder gegen den Gesamtwillen des deutschen Volkes, wenn es nicht Herr Bazille und seine Partei tun?

Aber die tun es! „So wie die Dinge in Europa liegen, kann dieses Spiel mit dem Feuer den ganzen Kontinent in Brand stecken.“ Also ein neuer Weltkrieg wird an die Wand gemalt als Folge innerdeutscher Streitigkeiten, als Folge der von Bazille und den Seinen betriebenen Rebellion der Länder gegen das Reich.

Wie kann ein solcher Krieg zustande kommen? Doch nur so, daß eine benachbarte Macht in den innerdeutschen Kämpfen Partei ergreift. Und wann könnte eine benachbarte Macht in innerdeutschen Kämpfen Partei ergreifen? Doch nur dann, wenn einer der Streitparteien ihre Hilfe anruft. Gespenster der Vergangenheit gehen um.

Und diese Gespenster tragen Kronen, Königskronen, deutsche Herzogskronen. Ja, es gab eine Zeit, in der deutsche Fürsten im Kampf gegen deutsche Fürsten Deutschland zum Schlachtfeld Europas machten, wo deutsche Fürsten im Kampfe gegen deutsche Fürsten unbedenklich ausländische Hilfe annahmen, sogar die Hilfe des sogenannten „Erbschindes“.

Am Hofe Napoleons I. drängten sich die Throninhaber des Rheinbundes. Und noch im Bruderkrieg von 1806 hätten die Herren von Oesterreich, Bayern, Sachsen usw. gern französische Hilfe genommen, wenn sie ihnen gewährt worden wäre.

Solche Schatten beschwört der deutschnationale Staatspräsident von Württemberg herauf. Das soll wiederkommen, wenn man versucht, „durch einen mehr oder weniger sanften Druck“ — also, ein „sanfter Druck“ genügt schon! — zum Einheitsstaat zu gelangen. Er droht denen, die das einig-

Die Christen gegen Marx.

Krach im Zentrumslager.

Königswinter, 17. Januar.

Der am 16. Januar in Königswinter a. Rh. versammelte erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften besaßte sich u. a. mit den Auswirkungen der Besoldungsreform und nahm folgende Entschlüsse an: „Am Welttag um die Wahlstimmen der Beamten ist im Reichstag eine Besoldungsnotlage verabschiedet worden, die das deutsche Volk mit 1 1/2 Milliarden belastet. Die Führer der christlichen Gewerkschaften haben im Reichstag eine vorläufige Neuordnung vorgeschlagen, die eine endgültige Lösung in Verbindung mit der Verwaltungsreform gebracht hätte, sofort aber eine Linderung der Not breiter Massen und der trostlosen Lage der Sozialdemokraten herbeiführen sollte. Sie wurde größtenteils nicht beachtet. Heute schon beeinflussen die Folgen dieser Nichtbeachtung u. a. die wachsende Arbeitslosigkeit. Weite Volksschichten, vor allem in Gewerbe und Landwirtschaft, sowie Arbeitnehmer aller Kreise teilen daher die Auffassung der christlichen Gewerkschaften.“

Angesichts dieser Tatsache weist der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften nachdrücklich und entschieden vor dem Herrn Reichskanzler befandete Auffassung zurück, daß der von „Herrn Stegerwald und einigen Gewerkschaftsfunktionären eingenommene Standpunkt“ durch Billigung der Besoldungsreform mit überwältigender Mehrheit widerlegt sei.

Wachsende Besorgnis im Zentrum.

Die Wirkungen des Arbeiterprotestes.

Die Rede Imbushs vor den Zentrumswählern des Wahlkreises Essen gegen Reichskanzler Marx hat Erregung und Besorgnis in der Zentrumsführerschaft hervorgerufen. Der Bergarbeiterführer Imbush ist nicht der erste, dessen Stimme gilt viel bei den Arbeiterwählern des Zentrums.

Die „Germania“ tadelt ihn, weil er das Maß der Würde und Rücksicht verfehlt habe, daß im Wesen des Führertums liege. Dann aber fährt sie fort:

„Über man würde es sich zu leicht machen, wollte man mit dieser Kritik über die Rede von Imbush hinweggehen. Mit wachsender Besorgnis muß doch die Tatsache festgestellt werden, daß sich Parteileitung und Zentrumsarbeiterschaft voneinander entfernen. Es ist wünschenswert, daß den Gründen aufrichtig und ehrlich von allen Seiten nachgegangen wird. Ganz unbestritten ist, daß aus der psychologischen und sozialen Lage der Arbeiterschaft, in der sie sich nach den schweren Jahren schwerer Notzeit immer noch befindet, eine ganze Reihe von Forderungen ihre innere Berechtigung erhält. Klug, weise und nötig dünkt es uns, daß diese Forderungen nicht nur gehört werden, sondern daß man ihnen wirklich ernsthaft Rechnung trägt. Eins ist unbedingt erforderlich: die Verteilung, die aus dem unglücklichen Nachspiel der parlamentarischen Verhandlungen jetzt entstanden ist, muß gelöst werden.“

Die Zentrumsführer erfahren jetzt die Wirkungen der Bürgerblockpolitik in der eigenen Partei. Nachdem ein Jahr lang die Arbeiterschaft vor den Kopf gestoßen worden ist, soll nun mit schönen Worten beruhigt werden!

Man wird bei der Kandidatenaufstellung des Zentrums erkennen, ob den berechtigten Forderungen der Zentrumsarbeiter Rechnung getragen wird!

Krise im Zentrumsvorstand?

Ein Mittagsblatt verzeichnet ein in parlamentarischen Kreisen umlaufendes Gerücht, daß Abgeordneter Stegerwald sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei niedergelegt habe mit der Begründung, eine Zusammenarbeit mit dem ersten Vorsitzenden Marx sei nicht mehr möglich.

Deutschland wollen, mit Rebellion, Krieg, Bundeshilfe des Auslandes für die Reichsrebellien.

Das ist deutsch! Das ist national! Das ist deutschnational!

Noch andere Erinnerungen beschwört der deutschnationale Staatspräsident herauf. In den Freiherrn vom Stein und an die Bauernbefreiung. In das verbrecherische Junkerwort: „Lieber noch eine Schlacht von Jena als die Bauernbefreiung!“

Nichts Neues unter der Sonne! Aber doch etwas Neues! Denn die alten Feinde des Reiches gaben sich als das, was sie waren. Sie verschmähten die nationale Phrase. Die neuen brauchen sie. Sie spielen sich auf als die patientierten Patrioten. Nur sie sind „deutsch“! Nur sie sind „national“. Dabei sind sie doch nur deutschnational!

Herr Bazille ist der Verbündete des Zentrums und der Volkspartei. Der Bürgerblock im Reich hat sein Vorbild im Bürgerblock Württembergs. Es war der Präsident einer nam Zentrum und von der Volkspartei gestützten Bürgerblockregierung, der gestern auf der Länderkonferenz mit dem offenen Reichsnerrat drohte.

Lieber noch eine Schlacht von Jena als die Bauernbefreiung! Lieber Reichserhebung und Krieg, als die deutsche Einheitsrepublik!

Deutschnational? Deutschnational!

Deutschnationale und Jungdo.

Bestarp-Leute treten aus.

Das sogenannte Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens teilt mit, daß die deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Hartwig und Hüfner aus dem Jungdeutschen Orden ausgetreten sind. Dieser Schritt wird „als folgerichtig und der Stärkung dienend“ begründet. Gleichzeitig wird verfügt, daß es jungdeutschen Ordensbrüdern bei den kommenden Wahlen nicht gestattet sei, für den Reichstag oder die Länder zu kandidieren!

Während der Stahlschmelze überall bei den Rechtsparteien keine Kandidaten durchzubringen sucht, schaltet der Jungdeutsche Orden sich aus der Politik aus. Er boykottiert den Reichstag, wie die Reubell-Neue seinen Tresock boykottieren. Nur daß der Reichstag diesen Boykott leichter ertragen kann als der neumärkische Ordensbruder.

Berkürzung der Dienstzeit vertagt.

Die Kammer wird sich wieder fügen.

Paris, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Der Konflikt zwischen dem Kriegsminister und der Kammer über das Datum für die Einführung der einjährigen Dienstzeit scheint durch ein Kompromiß gelöst werden zu sollen. Angehts der Tatsache, daß die Linksparteien sich im Jahre 1924 in ihrem Wahlprogramm auf die einjährige Dienstzeit festlegten, soll das Datum von 1930 beibehalten werden, aber die Vorbedingungen für die Einführung sollen derartig verschärft werden, daß es der Regierung doch möglich sein soll, die Einführung zu vertagen. Der Berichterstatter der Herrenkommission hatte darüber längere Besprechungen mit den verschiedenen Parteien und dem Kriegsminister. Im heutigen Ministerrat wird die Regierung noch einmal die Lage besprechen und die letzten Beschlüsse über ihre Taktik fassen. Bisher haben Poincaré und Poincaré gedroht, die Vertrauensfrage zu stellen.

In der tschechoslowakischen Provinz Karpatenrußland hatten die Bauern in der Umsturzeit große Mengen Holz aus den Staats-, Kirchen- und Herrschaftswäldern weggeholt. Eine Firma, die später die Wälder für einen Pappmüll „erworben“, verweigert jetzt die Bauern auf Bezahlung. Einige Verurteilungen sind schon erfolgt, darob um so größere Erregung, als sieben Dörfer durch diese Justiz vom Ruin bedroht sind.

Vincent van Gogh.

Bei Cassirer findet sich eine 22 Gemälde umfassende Ausstellung von Goghs, zu der die Handzeichnungen bei Wacker eine höchst erwünschte Ergänzung bilden. Hauptwerke von Goghs sind zugleich in ausgezeichneten 3. L. farbigen Reproduktionen bei Sogert in der Potsdamer Straße ausgestellt. Es ist also eine glänzende Gelegenheit gegeben, die Kunst dieses außerordentlichen genialen Genies zu sehen. 38 Jahre nach seinem Tode steht er in diesem hinterlassenen Werk als Steger da, den die Welt bewundert und bewundern muß, nachdem er im Leben nichts erfahren hatte als Leid und Verkennung und vor dem immer drohenden Schatten des Wahnsinns keine andere Zuflucht fand als in einem freiwillig gewählten Tode.

Was den Fall von Goghs zu einem so dramatischen und erregenden Ereignis macht, bis weit über alle bloßen Kunstkenntnisse hinaus die Menschen fesselt, ist die ungewöhnliche Persönlichkeit und ihr Kampf um Welt und Gott. Ein Phänomen, das in den Gemälden und Zeichnungen sich in seiner ganzen Leidenschaftlichkeit spiegelt, weil von Gogh seine Seele ganz in sein Werk legte, aber man erfährt es dort nur unvollkommen ohne Kenntnis seiner menschlichen Geschichte und Kämpfe. Diese sind niedergelegt in der Sammlung seiner Briefe und in dem auf ihnen aufbauenden Buche „Vincent“ von Meier-Gräfe, einer ergreifenden, die Romanform freilebenden Biographie mit einem umfassenden Bildermaterial.

Was man von Gemälden bei Cassirer sieht, enthält nicht seine sämtlichen Meisterwerke, sondern eine Auswahl aus den zehn Jahren seines Lebens, die er der Malerei widmen durfte. In ihr erkennt man den unergreiflichen Aufstieg des schöpferischen Genies, das sich langsam aus mühseligen Entwürfen heraus entwickelt, seine Visionen anfangs aus zähem Dunkel, anderen Künstlern nachfolgend, nicht befreien kann, im achten Lehrjahre in Paris (1887) durch die Impressionisten den rechten Weg gewiesen bekommt, aber erst mit seiner Ueberwindung nach Arles in Südfrankreich den engen Kreis der Tradition sprengt. Von da ab löst er in den letzten zwei Jahren seines Lebens, in rasender Arbeit Bild an Bild reichend, in gleichender Wärme oder in dumpfer Krankenhaustuft ununterbrochen zeichnend und malend, alle lebenden Künstler hinter sich und findet eine Ausdrucksform, deren feinfache Gewalt noch heute, vierzig Jahre danach, das Gemüt ergreift, als ob der Vorhang von tiefsten Geheimnissen jenen fortgerissen würde. Dies gilt selbst für den, der seine Bilder längst kennt: Ist es ein Wunder, daß van Gogh's Zeitgenossen entsetzt waren und kein Mensch von solchen tobüchigen Dingen etwas wissen wollte, daß ihm am Ende nichts übrig blieb als der Renzler?

Nicht, daß er in späteren Jahren die Maler vornehmlich deutsch-land-revolutionierte und neben Munch als der Rätherr unserer ganzen (genannten) Ausdruckskunst zu gelten hat, macht van Gogh's Bedeutung aus; sondern wir fühlen es vor den Bildern mit überwältigender Macht, daß hier ein Genie die Welt mit neuen Augen

Die Tagung des IOB.

Gemeinsame Sitzung des Ausschusses und der internationalen Berufsführer.

Von den Ausschussmitgliedern sind die Vertreter für Bulgarien, Kanada, Rumänien und Südafrika entschuldigt. Auch das Erscheinen des Betreibers für Polen ist fraglich geworden.

Am Vorstandstisch haben die Genossen Joubert, Merens, Leipert und Sassenbach Platz genommen. Genosse Joubert widmet zunächst dem verstorbenen Genossen Dürr einen warmherzigen Nachruf. Der Vorstand des IOB hat dem Vorstande des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der Familie Dürr telegraphisch sein Beileid ausgedrückt. Genosse Schürch, Vertreter des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dankt der Versammlung für die Ehrung des Verstorbenen.

Joubert eröffnet hierauf die Tagung mit dem Hinweis, daß die Konferenz unter äußerst erschwerten Umständen zusammentritt. Er hofft, daß sie ihre Aufgabe, die Reorganisation des Internationalen Gewerkschaftsbundes, zu einer glücklichen Lösung führt. Die Verhandlungen über die Reorganisationsfragen drehen sich zunächst um die Sicherlegung des IOB und die Besetzung des Bureaus des IOB. Der Genosse Sassenbach hat sich bereit erklärt, den Posten des Generalsekretärs solange weiter zu führen, bis ein Nachfolger für ihn gefunden ist. Der Vorstand ist damit einverstanden und dankt Sassenbach für seine Bereitwilligkeit.

Die englische Delegation bringt Brüssel als künftigen Sitz des IOB in Vorschlag. Zur Prüfung der Reorganisationsvor schläge wird eine Kommission von sieben Mitgliedern in Vorschlag gebracht, und zwar je ein Mitglied aus Deutschland, England, den lateinischen Ländern, Desterreich, Schweiz, Skandinavien, den slavischen Ländern und Holland. Mit beratender Stimme werden die Genossen Joubert und Sassenbach hinzugezogen.

Genosse Hueber, Wien, wünscht die Hinzuziehung von zwei Vertretern der Berufsführer, was Genosse Tarnow jedoch ablehnt unter Hinweis auf die organisatorische Stellung der Berufsführer im IOB. Genosse Hids, London, ist damit einverstanden, daß in der Frage der Sicherlegung die Berufsführer gehört werden, eine weitere Mitwirkung in der Kommission soll aber nicht erfolgen.

Die Kommission, die die Hinzuziehung der Berufsführer selber entscheiden soll, wird gebildet aus den Genossen Hids, Hueber, Grahmann, Tageris, Sakobien, Stenhuis und Buffon. Die Kommission tritt morgen vormittag zusammen.

Die Verhandlungen wenden sich dann dem zweiten Punkte der Tagesordnung zu: Vorbereitung der nächsten internationalen Arbeitskonferenz in Genf.

Genosse Joubert führt hierzu aus, daß der Vorstand von allen Klagen auf diesem Gebiete Kenntnis genommen habe. Es handle sich weniger um die Organisation der Konferenz, als um prinzipielle Punkte, in deren Auswahl sich verschiedene Meinungen gezeigt haben. Es sei sehr schwierig, die verschiedenen Meinungen bei der Festlegung der Tagesordnung auszugleichen.

Bei der Behandlung der Minimallohnfrage auf der vorjährigen Konferenz seien darüber prinzipielle Gegensätze hervorgetreten, ob Minimallohne für alle Berufe oder nur für Heimarbeiter festzusetzen seien. Der IOB habe die Aufgabe, in der Vorbereitung der Konferenz sei größere Aufmerksamkeit als bisher zu widmen. Joubert macht einen Vorschlag, wie eine bessere Uebereinstimmung zwischen den Landeszentralen und den Berufsführern herbeizuführen sei.

Aus den verschiedenen Meinungsäußerungen habe der Vorstand von Hall zu Hall eine gemeinsame Richtlinie zu ziehen, die dann für die Vertreter in Genf maßgebend sein soll. Die Arbeitervertreter müßten vor jeder Konferenz unter sich die notwendigen Beratungen pflegen. Den internationalen Richtlinien soll der Vorzug vor den nationalen gegeben werden.

Joubert hat gehofft, daß die Mitarbeit des Genossen Dubegeest im IOB für den IOB erhalten werden könne. Leider

sei dies nicht möglich. Des Randa Dubegeests läuft im Mai dieses Jahres ab. In seiner Stelle müßte möglichst ein Nachfolger aus dem Schoße des IOB gefunden werden.

Hids trägt an, ob bereits ein Nachfolger für Dubegeest in Aussicht genommen sei. Joubert erwiderte, daß der Vorstand keine Vorschläge machen kann. Dies hänge von dem Votum der Arbeitskonferenz ab.

Fimmen meint, der Ausschuss könne schon jetzt einen Kandidaten für den jetzt frei werdenden fünften Platz im Verwaltungsrat benennen.

Hueber beklagt, daß es bisher immer noch nicht gelungen ist, die

deutsche Sprache als Amtssprache

einzuführen. Das sei ein ganz unholbarer Zustand, der auf die Dauer immer unerträglicher werde. Die deutschsprachigen Arbeitervertreter, die Deutschen, Desterreicher, Skandinavier, Holländer, Polen, Ungarn und Bulgaren bedienen sich der deutschen Sprache, und sie müssen Gelegenheit haben, die Vorlagen in deutscher Sprache studieren zu können. Die Reaktion setzt alles daran, jeden Fortschritt zu verhindern. Besonders auch bei der Durchführung der Konventionen macht sich der Mangel eines einwandfreien deutschen Textes fühlbar.

Zur Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit erklärt Hueber, daß die Vertreter im Internationalen Arbeitsamt der Arbeiterschaft nicht alles parlamentarisch auf dem Teller bringen können. Die Gewerkschaften sind Kampforganisationen und müssen nach wie vor jeden Fortschritt erkämpfen. Die eiserne Disziplin, die bei den Unternehmervertretern herrscht, müsse auch bei uns herbeigeführt werden. Da der Genosse Merens bisher im IOB vieles geleistet habe, schlage er ihn als Nachfolger Dubegeests vor. Dieser Vorschlag wird auch von anderer Seite empfohlen.

Die weiteren Beratungen werden auf die Nachmittagsitzung vertagt.

Reichsbanner-Generalfversammlung.

17. Mai in Hannover.

Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beruft die zweite Bundes-Generalfversammlung zum 17. Mai (Himmelfahrtstag) nach Hannover ein, wo sie in der Stadthalle zusammenzutreten wird. Auf der Tagesordnung steht der Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes, Kennerung der Bundesflaggen und Neuwahl des Vorstandes. Die Generalfversammlung setzt sich zusammen aus dem Bundesvorstand, den Mitgliedern des Reichsausschusses, den Gauvorsitzenden und den gewählten Delegierten.

Munitionsschiebung Kiel-Halle.

Ermittlungen des Staatsanwalts in Halle und Torgau.

Kiel, 17. Januar. (WBZ.)

In Sachen der Munitionsschiebung im Kieler Hafen führt dem Vernehmen nach die Staatsanwaltschaft in Verbindung mit der Kriminalpolizei in Halle gegenwärtig die Untersuchung in Halle und Torgau. Es handelt sich bekanntlich um die 17 Eisenbahnwagen mit Gewehrmunition, die jetzt nach der gerichtlichen Beschlagnahme in einem Reichster verwahrt werden. Absender und Empfänger der Sendung waren bisher nicht in Erfahrung zu bringen.

Zum Sowjetbotschafter in Rom ist der Volkstommissar für Justiz der RSFSR (Annerußland) Kurki ernannt worden.

sch und uns zwingt, sie so leidenschaftlich zu erleben wie er selbst. Aus der zehnten Generation von Naturforschern, die mit einer neuen (der impressionistischen) Bildform doch nur die alte Erlebnisform der ruhenden, gleichgültigen Erscheinungs Spiegelung geben, ragt er als ein Riese heraus, der das persönliche Empfinden, nicht das Abbild der Natur darstellt. Bekennnisse einer starken und leidvollen Seele, nicht Abbildungen, sind seine Landschaften, seine ergreifenden Stillleben, seine Menschenbühnen. Das Wie seiner Darstellung ist nicht eine Frage der Bildform, sondern des Herzens; seine ungeheuren Farben, seine wildbäumenden Linien und Ueberschreibungen sind Ausdruck seines eigenen Leidens und der schmerzvollen Kämpfe mit seinem Dämon. Paul J. Schmidt.

Die erste Schubert-Hundertjahrfeier. Eine Schubert-Jahrhundertfeier veranstaltete Montagabend im Bechtsteinaal der österreichisch-deutschen Volksbund. Nach einleitenden Chorvorträgen des Berliner Sängervereins unter Musikdirektor Max Eiche, hielt Professor Leo Reitenberg die Gedächtnisrede. Er wies darauf hin, daß das vergangene Jahr im Zeichen der Erinnerung an Beethoven gestanden habe, und daß man in gleicher Weise auch in diesem Jahre, besonders in Deutschland und Desterreich, Schuberts an seinem 100jährigen Todestage gedenken müsse. Er wies darauf hin, daß Schuberts Leben nur Kunst gewesen sei, reich an Entwürfen, arm an Freuden. Aber um so fruchtbarer sei die schöpferische Arbeit des Meisters gewesen, wie ein Bild auf seine Worte beweise. Die Songreueigkeit des österreichischen Charakters lehre ihn, aus der Tiefe des Volkstums heraus, aus der deutschen, österreichischen, Wiener Heimat zu schöpfen, und so habe er sich zu einem Genius des Liedes, das er bis zu unerreichter musikalischer Vollendung ausgestaltet habe, entwickelt. An den Vortrag schlossen sich noch weitere Klavierkonzerte und Chorgesänge.

Johann Strauß III. über die Wiedergeburt des Walzers. Johann Strauß, der Riese des Komponisten der „Blauen Danou“ und Vertreter der dritten Generation der Dynastie der Walzerkönige, will zurzeit in London, wo er eine Reihe von Konzerten geben wird. Den Berichterstatter der Zeitungen gegenüber sprach sich Johann Strauß III. zuversichtlich über die Wiedergeburt des Walzers aus, der seiner Meinung nach in neuer Herrlichkeit ersehen wird. „Die Jazzmusik“, erklärte er, „ist eine Reaktion auf die Kriegszeit. Sie ist eine Mode der Zeit und unerschütterlich in nichts von den anderen Modedirtheiten, denen die Frauenwelt huldigt. Wie diese wird der Jazz, der aus der Zeit geboren ist, mit der Zeit wieder verschwinden, und es wird nicht lange dauern, bis er nur noch eine Mode von gestern ist. Der Walzer ist der König des Tanzes und wird es immer bleiben. Er ist schon im Anzuge, und ich bin der festen Ueberzeugung, daß er bald wieder in größerer Gunst stehen wird, als er je gewesen hat.“

Das Theatre Gymnase aus Paris, das am 20., 21. und 22. Jan. im Renaissance-Theater auftritt, bringt Henri Bernhards Schauspiel „Le Benin“ (Das Gift) in der Vorber Gemüterbelegung mit Joanne de Aron, Baby Worling und Charles Roger zur Aufführung. — In den gleichen Tagen wird „Corur-Dube“ als Nachtvorstellung vom dem deutschen Ensemble gegeben.

Die neue Rolle.

Aus Paris wird uns geschrieben: Ein junges Mädchen im Nachthemd klopfte im Hause Rue Jouffroy 72 nachts um 3 Uhr ganz heftig an der Tür des Portiers: Herr Ballée, Herr Ballée, um Gottes Willen, sehen Sie doch mir, wer auf der Haupttreppe liegt, kommen Sie! Und schon standen andere Mieter des gleichen Hauses hinter dem jungen Mädchen, alle in der leichtesten Kleidung, die man sich denken kann oder die man sich als anständiger Mensch lieber nicht denken soll. Revolution im Haus! „Define, Robert!“, hat jemand rufen hören, und jemand anderes hat bestimmt: „Oh, ihr Feiglinge, ihr Feiglinge, wie seid ihr!“ vernommen. Kein Zweifel: Ein Ward war da gewesen. Der Portier Ballée telephonierte sofort ans Ueberfallkommando, und schon rücken fünf Mann an. Indes vergehen die Mieter vor Angst und vor Kälte. Man wird das Haus mit geladener Schusswaffe durchsucht, bis man auf der Treppe einen prächtigen... Papagei entdeckt. „Und für so einen Quatsch wurde ich aus dem Schlaf gestört!“, jagt während Monsieur Ballée, und die Mieter trachen beschämt wieder in ihre Kletterjurk.

Am Morgen erklärte Madame Laurent, eine Schauspielerin, die in der Nähe des verbotenen Hauses wohnt, auf der Polizei, sie schreibe eine Besorgung für den glücklichen Finder ihres Papageis aus, der ihr am Tage vorher davon gesprochen war. Frau Laurent hat gerade eine neue Theaterrolle einzustudieren, in der vorkommt: „Define, Robert! Oh, ihr Feiglinge, ihr Feiglinge, wie seid ihr!“, und der Papagei wiederholt diese Weisheit täglich. — Jetzt entsteht die Frage, wer sich eigentlich die Besorgung verdient hat: die Polizei, das Fräulein im Hemd, die Mieterchaft oder der arme Ballée, der vielleicht erst ärgerlich wurde, als er hinter dem ersten jungen Fräulein weitere Mieter entdeckte.

Ein Museum für einen Plakatzeichner. In Nizza ist ein Museum eröffnet worden, das nach dem berühmten französischen Plakatzeichner Jules Chéret benannt ist. Sieben Säle sind den Werken dieses geistreichen Künstlers eingeräumt; sie entstammen der Sammlung des Baron Joseph Billa, der sie mit anderen Kunstwerken der Stadt Nizza stiftete. Auch andere Kunstwerke, besonders Gemälde von van Goo, werden hier untergebracht.

Balala Cort sang heute 8 Uhr, im Theater am Kolonnenplatz.

Reiber bleibt in Berlin. Generalmusikdirektor Erich Reiber hat mit Rücksicht auf die Neuerrichtung des Opernhauses unter den Linden seinen Kontrakt der ihn im Sommer zum dritten Mal nach Südamerika verpflichtete, rückgängig gemacht.

Max Barthel und Bruno Schölkopf lein auf Einladung der Volkshöhne Freitag, 8 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses, aus eigenen Werken. Einladkarten zu 0.60 Mark.

Wiener Kunstreise. Der Wiener Gemeinderat hat, wie in den Vorjahren, auch für 1928 die von je 3000 Schilling für hervorragende Werke der Bildkunst, der Musik und der bildenden Kunst (Malerei, Bildhauerei und Architektur) gestiftet.

50 000 Dollar für eine Shakespeare-Ausgabe. Wie aus New York berichtet wird, hat das sog. Shakespeare-Gramm-Exemplar der ersten Follio-Ausgabe der Werke Shakespeares seinen Weg nach Amerika gefunden und ist für 50 000 Dollar verkauft worden.

Nur Postverhandlungen.

Litauen verhandelt nicht über anderen Grenzverkehr.

Riga, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Die Antwort der litauischen Regierung auf die Note Polens wegen der Aufnahme von Verhandlungen ist nach Warschau übermittelt worden. Litauen lehnt die polnischen Vorschläge wegen der Regulierung des Grenzverkehrs zwischen Litauen und Polen ab, da es die gegenwärtige Grenze zwischen diesen Ländern nur als ein Provisorium betrachte. Dagegen erklärt sich Litauen bereit, mit Polen über die Regelung des Post- und Telegraphenverkehrs zu verhandeln.

Wie auf der Hinfahrt, lehrt der polnische Unterhändler von Komno nach Warschau über Riga zurück. Nichts kennzeichnet deutlicher den unmöglichen, ja grotesken Zustand, den der litauisch-polnische „Krieg“ rein verkehrstechnisch geschaffen hat. Litauens Hauptstadt Komno liegt rund sechzig Kilometer von Wilna entfernt, das sich in polnischem Besitz befindet. Früher legte der Schnellzug diese Strecke in knapp einer Stunde zurück. Doch seit dem Bestehen des Kriegszustandes ist der Eisenbahnverkehr zwischen beiden Ländern völlig unterbrochen und auch sonst die Grenze hermetisch abgeperrt. Auch für den diplomatischen Sonderkurier aus Warschau ist keine Ausnahme gemacht worden, sondern er muß, anstatt im Auto in einer Stunde das polnische Gebiet zu erreichen, die sechshundert Kilometer lange Rundreise über Riga antreten und braucht rund 48 Stunden, bis er Warschau erreicht. Ein modernes Flugzeug würde die ganze Strecke Wilna-Warschau in knapp 1/2 Stunde zurücklegen.

Und wenn sich Litauen weigert, über mehr als den bloßen Postverkehr zu verhandeln, so zeigt das, daß die grotesken Verkehrsverhältnisse, was Personen- und Güterverkehr anlangt, auch weiterhin bestehen bleiben sollen!

Zunächst fährt Woldemaras nach Berlin.

Ministerpräsident Woldemaras wird, wie aus sicherer Quelle verlautet, am 24. Januar nach Berlin reisen, wo er einige Tage verweilen wird.

Bloß eine Zolluntersuchung!

Den ungarischen Maschinengewehren jede politische Bedeutung genommen.

St. Gotthard, 17. Januar.

Heute treten Delegierte der österreichischen und ungarischen Eisenbahn- und Zollbehörden hier zu einer Untersuchung über den von Oesterreich angehaltenen Waffentransport aus Italien zusammen. Da es sich offenbar um eine reine Zollangelegenheit handelt, der eine politische Bedeutung nicht zukommt, gehören der Untersuchungskommission lediglich Eisenbahn- und Zollfachleute an.

Erweiterungsbau des Reichstags.

Im Laufe der Zeit hat sich der Wallot-Bau als zu klein erwiesen. Man projektiert einen Erweiterungsbau, der die Bibliotheksräume, die Lesesäle, die Druckerei und die Verwaltungs- und Arbeitsräume aufnehmen soll. Die architektonische Schwierigkeit des Neubaus entsteht, da der Reichstag vollkommen frei steht, eine geschlossene Einheit bildet und Ausbauten unmöglich sind. Man will deshalb den Neubau auf der gegenüberliegenden Straßenseite im Norden des Reichstags errichten. Dies alles ist bis jetzt nur Projekt, dessen Verwirklichung noch in weiter Ferne liegt. Trotzdem hat der Reichstag einen Wettbewerb ausgeschrieben, auf den 285 Entwürfe mit insgesamt 1000 Zeichnungen eingelaufen sind. Das Preisgericht hat unter Vorsitz des Reichstagspräsidenten Genossen Löbe in den Tagen vom 14. bis 16. Januar entschieden, und von morgen ab wird die Ausstellung im Lunapark, Eingang Bornimer Straße, dem Publikum zugänglich gemacht. Das architektonische Problem lag darin, einen Verbindungsweg zwischen dem Neubau und dem Reichstag zu schaffen, um den in den Bibliotheksräumen arbeitenden Abgeordneten eine Möglichkeit zu geben, so schnell wie möglich das Plenum zu erreichen. Fast alle Projekte rechnen mit einer Ueberbrückung der Straße. Hiergegen tritt das Problem der baulichen Ausgestaltung des Neubaus zurück. Diese Schmeißbrücke bietet auf allen Projekten keinen besonders schönen Anblick, sie zerstört das architektonische Bild, ist aber eine dringende Notwendigkeit. Das Preisgericht hat einen ersten Preis nicht verteilt, da kein Entwurf weit den Durchschnit übertrug und alle Entwürfe schon bisher als gleichwertig zu betrachten sind. Als die relativ besten Arbeiten sind die Projekte des Frankfurter Architekten Schupp und der Nürnberger Karl Seubert und Hans Behr bemerkt worden.

Polizeikampf mit einem Einbrecher.

Ein Polizeibeamter niedergeschossen. — Der Täter flüchtig.

In der vergangenen Nacht gegen 1 Uhr wurde die Dranienburger Polizei von dem Leiter eines Fuhrwerks auf einen Handwagen aufmerksam gemacht, den er auf der Chaussee von Gochsenaulen nach Dranienburg gefahren hatte. Der Wagen war ihm verdächtig vorgekommen, weil er blutige Sachen darauf erblitzt hatte.

Kriminalkommissar Grabow entsandte den Polizeibeamten Gerich nach dem Bahnhof, um dort zu beobachten. Der Beamte kam jedoch nur bis zur Bernauer Straße. Hier stieg er auf einen Wagn, der an einem Rudack schwer trug, hielt ihn an und wollte ihn nach der Wache bringen, weil er Fleisch in dem Rudack fand. Er teilte den Angehaltenen nach Wallen ab, ohne etwas wahrzunehmen. Etwa 100 Meter vor dem Bahnhof rief sich der Mann plötzlich los. Während er an der rechten Hand noch gehalten wurde, gab er mit der linken aus einer Waffe, die er im Rockärmel verborgen gehabt haben muß, einen Schuß auf Gerich ab. Die Kugel durchschlug das Rückenstück, streifte den Kopf und verlor den Beamten so schwer, daß er zu Boden sank. Gerich hielt zunächst noch fest und rief um Hilfe. Bevor er jedoch ebenfalls von der Waffe Gebrauch machen konnte, rief sich der Mann vollends los, ließ seinen Rudack und seine Waffe im Stich, rannte davon und entkam. Die Dranienburger Kriminalpolizei und die Landjägerlei besahen sofort alle Bahnhöfe, fanden aber den Verbrecher nicht. Er ist etwa 20 Jahre alt, trug einen dunklen Anzug mit hochgeschlagenem Kragen, vielleicht eine Militäruniform. Noch in der Nacht wurde festgestellt, daß er mit den anderen in Massenheide einen Einbruch verübt hatte. Die Bande war durch ein Kletterfenster eingedrungen und hatte aus der Kuchenschammer angeräucherter Schinken, Schlagschinken und dergleichen gestohlen und die Beute auf dem mitgeschleppten Handwagen weggeschafft. In dem Rudack befanden sich zwei Schinken. Von den Verbrechern ist noch keiner ermittelt.

„Brücke zum Erfolg.“

Selbst arme Arbeitsuchende sollen geschöpft werden.

Vordienen wird heute groß geschrieben. Nicht nur bei jenen, die im festen Erwerb stehen, viel mehr noch bei denen, die in freien und Zwischenberufen beschäftigt sind und ganz besonders bei den Tausenden von Arbeitslosen, die wohl am meisten nach einer Verdienstmöglichkeit Ausschau halten. Da fester Verdienst auf legalen Wege aber meist nur sehr schwer zu erlangen ist, probiert man auf Umwegen das Glück zu bannen. Man könnte beinahe sagen, ein jeder hat nach dem Kriege, im Wechsel dieser schicksalsschweren Zeiten, versucht, durch Nebengeschäfte oder Handel seine Lage zu verbessern. Und wie vielen ist das Geschäft geglückt? ...

Tausende haben ein Haar darin gefunden, Dinge zu betreiben, von denen sie nichts verstehen. Sie sind zu ihren alten Berufen zurückgekehrt. Aber immer noch blüht das Zukünderungs- wesen, das die Unerfahrenen oder in des Wortes tieferer Bedeutung die „Dummen“ sucht, die nicht für sich, doch aber für andere Geschäfte machen sollen. Da sind in erster Linie die Versicherungsanstalten, die in großen Intervallen immer Vertreter ohne Vorkenntnisse aus Brinnkreisen suchen, die „dauernde Lebensstellung“ annehmen im Beruf, Uebernahme von größeren Betrieben usw. vorprechen. Was kommt dabei heraus? Doch höchstens nur für die Versicherung ein Geschäft, indem jeder sich Redende zumindest sich selbst bei der Versicherung aufnehmen lassen muß. Dann lang es meist noch, vielleicht die allernächste Anverwandten zu bewegen, sich auf Tod, langes Leben, Unfall, Diebstahl oder Feuer versichern zu lassen. Eine andere Art des Gelegenheitsverdienens ist die Uebernahme von Vertretungen für bestimmte Ämter, Reueiten, Erfindungen usw., was für die Beteiligten meist auch eine unrentable Sache bleibt, denn so viel an Reum, was erfindungsreiche Köpfe täglich zu Markte bringen, ist die Welt gar nicht imstande, zu absorbieren. Hier ist meist gefordert, daß der Vertreter eine Kaution für ein Lager von Waren stellt oder über eine gewisse Summe verfügt, die das Risiko des Fabrikanten vermindert, wenn er ihm Ware hinterlegt. Da ist denn auch vielfach das Geld verloren, wenn das Geschäft nicht so einträglich, wie man es sich gedacht hat. Man sollte nie vergessen, daß zum Abzug eines Artikels, besonders noch dazu eines neuen, eine große Werkschäfts-, Material- und Menschenkenntnis gehört, ferner auch in Kleinigkeiten die Kenntnis des erfahrenen Kaufmanns. Zum Glück waltet bei dieser Art Geschäften das Prinzip ausgezeichneter Berechnung, denn sehen die Abnehmer nichts um, so verschwindet der neue Artikel ebenso schnell wieder vom Markt, wie er gekommen ist.

Doch sich aber bei einem großen und in seinem großen Teil beschäftigungslosen Volk die Summe der Möglichkeiten nicht erschöpft, Dumme in genügender Zahl zu schröpfen, sieht man an jenen Inseraten, die goldene Berge für jedermann versprechen. Noch vor kurzem erschienen sie unter dem verlockenden Titel „50 Mark Nebenverdienst täglich“ und anderen bestimmten An-

preisungen, die aber anscheinend durch einen Erlaß der Polizei verschwunden sind. Man inseriert nun verächtlicher, man schreibt: „Kleinen Erwerb, ständiger Verdienst für Schreibschreiber Herren und Damen.“ Ein anderer inseriert lässlich „Schriftliche Heimarbeiter“ zu vergeben. Von beiden wird derselbe Prospekt gefordert, würde man auf noch mehr Inserate dieser Art in den verschiedensten Provinzzeitungen schreiben, so würde man immer den gleichen Prospekt erhalten. Daraus ergibt sich schon eines, daß ein Stammgeschäft sich genügend Vertreter in vielen Gegenden Deutschland gesucht hat, die für seine Zwecke inserierten. Und was bieten die Leute an? Es ist etwas kompliziert zu beschreiben, sie haben ein System, das sie „Die Brücke zum Erfolg“ benennen. Die Brücke zum Erfolg stellt eine Offertenmappe dar, die 200 ausgewählte Erwerbsangebote verschiedenster Art seitens angelegener Firmen“ enthält. Die Mappe kostet 5 Mark und erst nach Einzahlung des Postes kann der Bediensteten bei den 200 Adressen versuchen, ob ihm Arbeitsmöglichkeiten geboten werden. Hier liegt also schon ein Beitrag an den Armen vor, die auf solche Inserate schreiben, zu mindestens eine große Irrführung. Über der Firma und ihren Unterstellen ist es gar nicht daran gelegen, daß die Kunden nun ernstlich die Offertenmappe mit ihrem zweifelhaften Inhalt durcharbeiten; nein, in erster Linie will der Verlag neue Anreize für sein Unternehmen gewinnen. Es ist also eine Art Schneeballsystem nach amerikanischer Methode, den Arbeitsuchenden auf raffinierte Art das Geld aus der Tasche zu loden. Mit welcher plumpen Art von einer Firma in Reden vorzugehen wird, die den gleichen obigen Prospekt verachtet, zeigt das Begleitstische im Kaufmannsausdruck „Kanonen“ nennt oder auch Schreibens heroorufen soll und das mitteilt, daß der Bittsuchende von großem Glück überschüttet wurde denn ausgerechnet — seine Anfrage war die fünfzigste und der Verlag hat es sich zum Prinzip gemacht, jede fünfzigste Anfrage zu prämiieren, indem er einen „goldenen Ring“ (333 gestempelt) mit einer sehr schönen mitgezogenen Perle verleiht. Aber nur, wenn man die Offertenmappe zu fünf Mark kauft, sonst nicht. Die Leute schreiben: „Wir senden Ihnen unsere Gratulation! Betrachten Sie diese Mitteilung nicht als einen Zufall, sondern als eine gute Vorbedeutung.“ (Wir auch! Das Material liegt der Staatsanwaltschaft zur Einsicht dar.)

So werden Dumme gesucht, gefunden und geschöpft. Man könnte Seiten auf Seiten mit diesem Kapitel füllen, mit Beispielen aufwarten, wie fündige Unternehmer versuchen, mit der Unkenntnis der Bevölkerung Geschäfte zu machen. Da es jedoch in einer Zeit geschieht, die wirtschaftlich gar nicht dazu angeht, einen falschen Kopf in der Provinz ein gerühiges Leben zu führen und auf Kosten arbeitssamer Menschen in den Städten — denn sie sind es ja, die auf solchen Humpen zu allermeist hineinfallen — so muß man durch solche öffentliche Kennzeichnung der Falschen ihnen das Handwerk legen.

Zur Konsumgeneralversammlung.

Wählt Genossenschaftsaufbau!

Bekanntlich finden am Sonntag, dem 22. Januar 1928, in der Zeit von 9—1 Uhr die Wahlen der Vertreter der Generalversammlung der Konsumgenossenschaft statt. Bis jetzt hatten immer alle Wähler soeben, daß die Mehrheit der Mitglieder die Liste „Genossenschaftsaufbau“ wählten. Auch in diesem Jahre lautet die Liste wieder „Genossenschaftsaufbau“.

Die Kommunisten haben sich in diesem Jahre hinter dem nichtigen Namen „Opposition“ versteckt und richten unter dieser Flagge ein Flugblatt an die Konsummitglieder, aus dem wir die wichtigsten Stellen wiedergeben!

In der Konsumgenossenschaft Berlin ist seit Jahren ein Gewaltregiment der sozialdemokratischen Bürokratie. Seit drei Jahren wirtschaftet die sozialdemokratische Mehrheit rücksichtslos — (hü!) — Klassenbewußte langjährige kommunistische Funktionäre werden aus der Konsumgenossenschaft ausgeschlossen und nach Sibirien verbannt. Bei dem englischen Bergarbeiterstreik wurde den kämpfenden keine Unterstützung aus den Mitteln der Genossenschaft bewilligt. — Die Einladung des Moskauer Konsumvereins zur 10. Jahresfeier wurde unter wichtigen Gründen abgelehnt. Die Konsumvereine werden zu einem neutralen Geschäftsunternehmen herabgewürdigt.

Aus diesem weinerlichen Anlageblatt mögen unsere Wähler ersehen, was die „Opposition“ bezweckt. Die Anlagen zeigen, daß unsere Funktionäre auf dem Posten waren. Man braucht nur das Gegenteil zu tun, was die „Opposition“ will, und es ist richtig im Interesse der Konsumgenossenschaft und der Mitglieder. Von dem riesigen Fortschritt der Konsumgenossenschaft Berlin weiß die Genossenschaft nichts.

Deshalb geht am 22. Januar 1928 alle Stimmen der Liste „Genossenschaftsaufbau“.

Jazzband-Varieté.

Jazz nicht nur als ohrenbetäubender Spektakel, Jazz als Ausgeburt einer freudig-übermütigen Stimmung. Sie macht sich nicht bloß im Gebilde, Gesänge und Geräusch Luft, sie spritzt über auf Beine und Knieen, Bewegung des ganzen lustdurchtränkten Körpers. Das sind die musizierenden Hyton-Boss, die jurist in der Stata ein kurzes Gastspiel geben. Was die 16 Mann mit ihrem Dirigenten an musikalischstem Ueberchwang leisten, das ist schon hörens- und vor allem lebenswert. Großes Können, gepaart mit dem echt amerikanischen primitiv-jungenhaften Humor, bieten sie ein Meisterwerk groß angelegter musikalischer Clownerien. Neu in der Idee ist die wirbelnde Ausgelassenheit, mit der sie in prächtiger Weise modernen Jazzgeist auf dem Gebiet der Unterhaltungsmusik demonstrieren. Da wird einem diese musikalische Geräuschart als fröhlich sunnende Illustration von allerlei Illustria richtig verständlich. Jazzband-Varieté, ein komischer Musikstift ohne die allhergebrachten Harlekinaden, ohne die Kasperkesselfaas. Ideen, scheinbar im Augenblick geboren, ein fröhliches Tobenwobu 16 geistvoller Musiker — jeder einzelne ein starker Köhner —, geführt vom dirigierenden Befehlshaber, der all den Akt leitet und richtig entwirft. Zwischen all dem Blödsinn erscheint dann, ebenso unvermerkt wie alles andere, plötzlich eine erstklassige Musikdarbietung. Stimmungsregister von oben bis unten und wieder zurück und wird durcheinandergewürfelt. Die Bande ist längst internationale Verbände, die man sich in allen großen Bergungspunkten gern verschreibt. London, Paris, New York, heute Berlin. Sonst führen sie noch allerlei fröhliches Szenarium mit sich, das sie jedoch wegen der Kürze der Zeit hier nicht aufbauen konnten. Aber es geht auch so. Das springt und exerziert und tanzt und wippt dabei, immer das Instrument in Bewegung, das mal bläselos, dann zupfend, dann streichend oder trommelnde Tätigkeit besitzt. Die Instrumente wechseln ebenso rasch wie die Hüte; mal sind sie Bild-Post, mal unisono Saxophon, mal ein wieder lüftend auf Stühlen sitzende Salontafel, mal eingestreuten humoristischen Anspielungen. Sogar den Pferden haben sie ihren markanten Anblickswinkel eingebracht, aber sie haben zu allen den kleinen Tempeln auch noch den Pferdetritt in sich aufgenommen. Jedenfalls klappt

der Jazz der Bierhelmer genau so gut wie alles übrige. Ein Runterbunt militärischer Einfälle, lockerschiff verdrängt zu einer fröhlich-drollischen Symphonie.

Mieterschutz und Wahlen 1928.

Eine Rundgebung des Bundes Deutscher Mietervereine.

Am 14. und 15. Januar tagte in Dresden der Reichsausschuß des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden). Die Tagung war aus allen Teilen des Reiches stark besucht. Neben organisatorischen Fragen wurde besonders Stellung genommen zu den diesjährigen Wahlen. Der Bund will besonders die Wohnungsfrage in den Vordergrund des Kampfes stellen und dafür erhebliche Mittel aufwenden. Weiter nahmen die Reichsvertreter des Bundes Stellung zur Wohnungsfrage, insbesondere zu der jetzt dem Reichstag vorliegenden Novelle zum Mieterschutzgesetz. Die Beratungen fanden ihren Niederschlag in nachstehender Entschließung: Die aus allen Teilen des Reiches am 14. und 15. Januar 1928 in Dresden versammelten Landes- und Provinzialverbandsvorsitzenden des Bundes Deutscher Mietervereine e. V. (Sitz Dresden) wenden sich nochmals vor Verabschiedung der Novelle zum Mieterschutzgesetz an Reichsrat und Reichstag mit der dringenden Bitte, die Verschlechterungs-Novelle der Reichsregierung abzulehnen. Von der Reichsregierung wird erst in den letzten Tagen selbst darauf hingewiesen, daß in diesem Jahre vermutlich nur 130 000 Wohnungen erstellt werden können, das sind 30 000 weniger, als erstellt werden müßten, um nur den laufenden Bedarf zu decken. Die Wohnungs- und Raumnot wird danach also weiter steigen. Deshalb ist es unbegreiflich, wie angesichts dieser Tatsache die Reichsregierung die Kostlage der Mieter mit ihrer Novelle zum Mieterschutzgesetz noch mehr zu steigern beabsichtigt. Auch die bereits jetzt schon hierzu vorliegenden Einsprüche vieler Gemeinden bemerken aus der Praxis heraus, das Gefährliche der Gesetzesvorlage. Die Vertreter der deutschen Mieterschaft bitten darum einmütig Reichsrat und Reichstag um Schutz.

Feuer in einem Acetylenwerk.

Die Feuerwehre wurde heute vormittag nach der Rudower Chaussee 123 in Adlershof alarmiert, wo in den Acetylenwerken L. G. beim Abfüllen von Acetylen Feuer entstanden war. Als die Wehren an der Brandstätte eintrafen, hatten die Flammen bereits auf die übrigen Borräte übergegriffen. Da das Feuer durch Wasser nicht niedergelöscht werden konnte, mußten mehrere Schaumlöcher angefordert und eingesetzt werden. Bei den Löscharbeiten zog sich Baurat Anders an der linken Hand erhebliche Brandwunden zu.

Das rätselhafte Verschwinden der Schülerin Eil Reinhold veranlaßt viele Anzeigen aus dem Publikum, die die Vermutung aussprechen, daß das Kind von Zigeunern verschleppt worden sei. Um allen diesen Gerüchten auf den Grund zu gehen, wurde von der hiesigen Kriminalpolizei eine allgemeine Fahndung bei Zigeunern im ganzen Reichsgebiet veranlaßt. Sie wurde gestern überall in Angriff genommen, hat aber nach den bisher eingegangenen Meldungen auch noch keine Spur des verschundenen Mädchens auf noch gefördert. Die Fahndung wird heute weiter fortgesetzt.

Die Leichenberaubung im Krematorium Wilmersdorf ist auch heute noch nicht weiter geklärt. Die Wohnung des Wilmersdorfer Zepter in der Detmolder Straße, der Hand an sich gelegt hat, wurde gestern nachmittags von der Kriminalpolizei gründlich durchsucht. Das wertvolle Goldgehör wurde aber nicht gefunden. Die Vernehmung der Frau Zepter brachte auch nicht den geringsten Anhalt. Auch eine nochmalige Vernehmung der beiden Heizer im Untersuchungsgefängnis in Moabit ergab nichts Neues.

Für den nationalen deutschen Einzelstaat lautet das Thema der Rundgebung der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes am 18. Januar, abends 8 Uhr, im Tennishaus des früheren Herrenhauses. Die Rundgebung wird eingeleitet mit einer Ansprache des Ministerialdirektors z. D. Dr. Spieder. Hauptredner ist Staatsminister a. D. Prof. Dr. Drews. — Die Typographia singt.

Der Kampf in Mitteldeutschland.

Geschlossene Gewerkschaftsdisziplin.

Magdeburg, 17. Januar. (Eigenbericht.)

...sprechend den Beschlüssen des Deutschen Metallarbeiterbundes sind gestern nachmittag 3 Uhr auf Grund der Abstimmung über den Streik 10 000 Metallarbeiter aus den Großbetrieben Magdeburgs herausgegangen. Zu diesen 10 000 Magdeburger Metallarbeitern kommen im übrigen mitteldeutschen Streikgebiet noch rund 10 000 Streikende. Insgesamt beträgt die Belegschaft in der mitteldeutschen Metallindustrie rund 50 000. Es ist durchaus möglich, daß der Kampf sich weiter ausdehnt und schließlich die gesamte Belegschaft der mitteldeutschen Metallindustrie in Mitleidenschaft zieht. Der Kampf geht ausschließlich um die Löhne. Die Forderung der Metallarbeiter war eine Lohnerhöhung von 15 Pfd., während der vom stellvertretenden Schlichter gefällte Schiedsspruch nur eine Lohnerhöhung von 3 Pfd. vorsieht. Die Metallarbeiter haben in voller Disziplin die Beschlüsse der Gewerkschaft durchgeführt.

Halle, 17. Januar. (Eigenbericht.)

Die Arbeitseinstellungen im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik erfolgten in muster-gütiger Geschlossenheit und Disziplin in dem von der Organisationsteilung gesteckten Rahmen. Zurzeit stehen etwa

10 000 Metallarbeiter im Kampf,

davon 5500 in Halle. In verschiedenen Betrieben sind nur wichtige Abteilungen herausgenommen, so daß die übrige Belegschaft auf Grund dessen in kürzester Frist gezwungen sein wird, ebenfalls nach Hause zu gehen. Es ist damit zu rechnen, daß heute, Dienstag abend, etwa 22 000 Metallarbeiter am offenen Kampf beteiligt sein werden.

Im Unhalters Gebiet, wo in Dessau und einigen anderen Orten Kündigung besteht, sind im Laufe des Montag die Kündigungen eingereicht worden. Es ist damit zu rechnen, daß ab Montag nächster Woche der größte Teil der Metallarbeiter im Streik steht, wenn nicht schon zuvor die Metallindustriellen mit der Aussperrung beginnen sollten.

Die Zeitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium alles einbringen, um die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern. Eine Verbindlichkeitsklärung würde nicht Förderung des Wirtschaftsfriedens, sondern ein Durcheinander bedeuten, das der Volkswirtschaft mehr Schaden als Nutzen bringt. Wenn die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zu keiner Verständigung führen sollten, ist mit einem

Kampf auf längere Zeit

zu rechnen. Es wird mit einer Hartnäckigkeit gestritten werden wie

nie zuvor. Die Halleische Zentralstreikleitung hat die Verwaltungen zu Mittwoch zu einer Konferenz eingeladen, um zum Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung in Halle beantragten die Kommunisten, den Streikenden zunächst eine Unterstützung in Höhe von 50 000 Mark als erste Rate zu bewilligen. Die Stadtverordneten lehnten die Dringlichkeit des Antrages ab, so daß der Antrag der Kommunisten nicht verhandelt werden konnte. Heute hat sich die Zentralstreikleitung öffentlich gegen den Antrag der Kommunisten in einer Erklärung gewandt. Die Zentralstreikleitung verbietet sich jede Einmischung in diesen Streik und lehnt Unterstützung durch Gemeindegelder ab, da die Streikenden sich selbst stark genug fühlen.

Der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie gibt den Kommunisten natürlich wieder einmal Gelegenheit, mit ihren Parolen hausieren zu gehen. Zwar muß sogar die „Rote Fahne“ anerkennen, daß die „reformistische Bürokratie“ im entscheidenden Moment nicht gebremst habe, das hindert aber das Stalin-Blatt nicht, frei von jeder Verantwortung und unbefehert von jeder Sachkenntnis den Gewerkschaften Anweisungen zu geben, wie der Kampf zu führen sei.

Wenn irgendwo die Kommunisten Veranlassung hätten, sich still zu verhalten, so ist es in Mitteldeutschland. Dort haben sie durch ihre Rutsch- und Spaltungspolitik die Arbeiterkraft auf Jahre aktionsunfähig gemacht. Nur mühsam ist es den Gewerkschaften gelungen, das verlorene Terrain zurückzugewinnen. Es ist ihnen in dem Maße gelungen, in dem der Einfluß der Kommunisten ausgeschaltet worden ist. Wenn jetzt die Metallarbeiter Mitteldeutschlands geschlossen in den Kampf ziehen, so ist es gerade dem Umfange zu danken, daß die Kommunisten (Halle ausgenommen) dort nichts mehr zu bestellen haben.

Der Kampf im Ruhrgebiet würde einen anderen Ausgang genommen haben, wenn die Folgen der Spaltung dort ebenso überwunden wären, wie es in Mitteldeutschland der Fall ist. Es ist bezeichnend, daß die Mehrheit für den Streik dort am stärksten ist, wo die Kommunisten völlig abgewirtschaftet haben. Nicht minder bezeichnend ist es, daß z. B. in Merseburg gleichzeitig die Amsterdamer Richtung bei der Wahl der Ortsverwaltung einen großen Sieg errang und die Arbeiter für den Streik stimmten. Das ist der beste Beweis, daß die Kommunisten bei dem Gewerkschaftskampf nicht nur überflüssig, sondern selbst in den Augen ihrer bisherigen Anhänger schädlich sind.

dem Polizeipräsidenten) die Erhebung der öffentlichen Klage, der Antrag auf Erlass eines Strafbefehls, der Termin zur Hauptverhandlung und der Ausgang des Verfahrens mitzuteilen. — In Strafsachen, welche das Betriebsrätegesetz betreffen, ist dem Reichsarbeitsminister das rechtskräftige Urteil mit Gründen mitzuteilen, unmittelbar, sofern es von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Kein Streik im Danziger Hafen.

Danzig, 17. Januar.

Bei der Abstimmung über den vor einigen Tagen vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch stimmten 1126 Hafenarbeiter für die Annahme des Schiedsspruchs, während 814 dagegen und für den Streik stimmten. Damit ist der Schiedsspruch von den Arbeitern angenommen. (Der Schiedsspruch sieht eine Erhöhung des Tageslohnes von 10,30 Danziger Gulden auf 10,60 Gulden vor. D. Red.)

Die Arbeitskonflikte in Schweden. Aussperrungsbeschuß der Sägewerksbesitzer.

Stockholm, 17. Januar.

Die Arbeitskonflikte haben sich in der schwedischen Zelluloseindustrie und den Gruben weiterhin zugepoint. Wenn der Streik nicht bis zum 23. Januar beigelegt ist, wird eine Aussperrung über sämtliche Sägereien in Schweden verhängt werden. Diese Aussperrung würde 18 000 Arbeiter umfassen. Von Arbeitnehmerseite werden kräftige Gegenmaßnahmen gegen die Verwirklichung dieser drohenden Gefahr ergriffen.

Bersärfung des Grubenarbeiterstreiks.

Stockholm, 17. Januar.

Der Konflikt in den Eisengruben hat sich dadurch verschärft, daß die Arbeiter in den lappländischen Gruben den Sympathiestreik beschlossen haben. Von Montag, dem 23. Januar, an werden 4250 Mann streiken, wenn nicht ein Vergleich erreicht wird. Die Regierung hat eine Vermittlungskommission eingesetzt. Der Export nach Deutschland würde infolge des Streiks eingeschränkt werden.

Blohm und Böh zählt wieder Dividende.

Die Blohm u. Böh, Kommanditgesellschaft auf Aktien in Hamburg ist heute der große Außerseiter in der Bergindustrie, der die Zusammenbruchsbewegung im Schiffbau mit unvorhergesehenen Witterungen betrachtet. Ihrem Einfluß war es auch zuzuschreiben, daß der weiteren Ausdehnung des Bremer Werfttruffs, der Deschimag, auf dem heimatländischen Hamburger Interessengebiet halt geboten wurde.

In dem Geschäftsbericht der Gesellschaft wird der überraschende Konjunkturaufschwung in der deutschen Bergindustrie um die Jahreswende 1924/27 eingehend besprochen. Während seit 1924 der Auftragsbestand der Werften sich ständig verringert hatte und im Herbst 1926 auf den Stand der achtziger Jahre gesunken war, wuchs im Laufe des vergangenen Jahres die im Bau befindliche Tonnage um das Dreifache und erreichte mit 650 000 Tonnen rund die Hälfte des Vorkriegsstandes. Blohm u. Böh selbst waren mit etwa 20 Proz. an diesem Gesamtbestandsbestand beteiligt. Da die Fertigstellung dieser Bauten sich bis 1929 hinein erstrecken wird und die Aufträge durchweg zu festen Preisen übernommen wurden, wird die Bergindustrie die neue Eisenpreiserhöhung mit sehr gemilderten Gefühlen aufnehmen. Die sehr summarisch aufgemachte Gewinn- und Verlustrechnung 1924/27 zeigt auch nicht die geringsten Schläge über den erzielten Nettogewinn zu, da von dem ausgemessenen Betriebsüberschuß von 3,1 (gegen 1,9 Millionen Mark im Vorjahre) sämtliche Kosten, Steuern und Zinsen vorweg abgezogen sind. Der trotz erhöhter Abschreibungen verbleibende Reingewinn von 1,33 Millionen Mark in dreifacher Höhe des Vorjahresgewinns läßt aber deutlich genug erkennen, daß Blohm u. Böh sehr ertragreich gearbeitet haben. Daher wird auch nach vier Jahren zum erstenmal wieder eine Dividende von 5 Proz. gezahlt.

In der Bilanz weisen die Anlagen mit 13,4 Millionen einen Zugang von rund 1,5 Millionen Mark auf, die auf die Einstellung eines neuen Schwimmbods entfallen. In der beträchtlichen Erhöhung der Betriebskosten drückt sich die Umfassungserhöhung des letzten Jahres aus. So erhöhten sich Anzahlungen auf „Schiffe im Bau“ sowie die anderen Verpflichtungen von 22,1 auf 28,5 Millionen Mark, während die Forderungen um über 5 auf 21,8 Millionen Mark stiegen. Der Wert der in Arbeit befindlichen Schiffe sowie Borräte haben sich mit 21,7 Millionen Mark gegen das Vorjahr sogar verdoppelt. — Die Ausgaben der Bergindustrie für 1928 werden zwar im allgemeinen als nicht so günstig bezeichnet wie im vergangenen Jahr, doch wird immerhin mit einem regelmäßigen Jahresbedarf der deutschen Reedereien von etwa 400 000 Tonnen zu rechnen sein, so daß besonders die Beschäftigungslage bei Blohm u. Böh, die außerdem über sehr gute Auslandsbeziehungen verfügt, als ziemlich stabil angesehen werden kann.

Verantwortlich für Text: Dr. Curt Geiger; Bildschiff: G. Kallagallier; Gewerkschaftsbewegung: B. Götters; Realisten: A. G. Böhler; Lokales und Sonstiges: Fritz Kahlert; Anzeigen: H. Glöck; Familie in Berlin. Verlag: Fernschreiber-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fernschreiber-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Lohnbewegung der Werkzeugmacher.

Neue Verhandlungen noch für diese Woche gefordert.

In der überfüllten Versammlung der im Metallarbeiterverband organisierten Werkzeugmacher der BWA-Betriebe am Montag abend hat Genosse Kiedel vom BWA einen ausführlichen Bericht über die Lohnverhandlungen, die am Mittwoch voriger Woche mit dem BWA geführt worden sind und deren Ergebnis wir bereits kurz mitgeteilt haben. Die letzte Branchenversammlung der Werkzeugmacher hatte einstimmig beschlossen, vom BWA die Befreiung der Affordarbeit und die Zahlung von festen Mindeststundenlöhnen zu verlangen. Gefordert wurde für jung ausgelebte Werkzeugmacher ein Stundenlohn von 1,10 M., für Werkzeugmacher nach einjähriger Tätigkeit 1,20 M., nach zweijähriger Tätigkeit 1,40 M. und nach dreijähriger Tätigkeit 1,50 M. Die Verhandlungskommission der Werkzeugmacher wies an verschiedenen praktischen Beispielen nach, daß die Affordarbeit für diese Facharbeitergruppe einfach unmöglich ist. Sie ist zwar im Jahre 1921 eingeführt worden, doch ist bis heute eine einwandfreie Realisation der Afford nicht durchführbar gewesen. In den meisten Betrieben bekommt der Werkzeugmacher bei Beginn der Arbeit seinen Affordzettel, sondern erst dann, wenn die Arbeit schon fast fertig ist. Dann erst stellt sich heraus, daß der Affordpreis viel zu niedrig ist, worauf das Feilschen mit dem Meister und dem Kalkulator wegen der Mehrzahlung beginnt. Von der Verhandlungskommission der Unternehmer wurde die Richtigkeit dieser Behauptungen angezweifelt und erklärt, daß sich ihrer Meinung das Affordsystem bei den Werkzeugmachern sehr gut bewährt habe, sogar bei den äußerst komplizierten Arbeiten im Schmelz- und Zehnbau.

Die Unternehmer wollten erst die Frage der Unhaltbarkeit der Affordarbeit geklärt wissen, ehe sie in Verhandlungen über die Lohnforderungen eintraten. Es wurde schließlich vereinbart, daß eine Kommission, bestehend aus dem Direktor Reihmeyer und dem zweiten Branchenleiter der Werkzeugmacher Genossen Knopf,

die wichtigsten Betriebe besuchen und dort die Affordsysteme prüfen sollte. Diese Prüfung soll noch im Laufe der Woche durchgeführt werden, so daß noch Ende dieser Woche die Verhandlungen fortgeführt werden können. Eine Prüfung ist bereits in der UG-Hoffmannstraße gewesen, über die Genosse Knopf berichtete.

In der anschließenden Diskussion wurde noch zahlreiche Material vorgebracht, das die Unhaltbarkeit der Affordarbeit im Werkzeugbau ganz klar bewies. Es wurden Beispiele angeführt, wie in vielen Fällen für Arbeiten 100 Prozent mehr gezahlt werden mußte, als zu Beginn der Arbeit auf dem Affordzettel vorgelesen war. Auf einige Vorkürfe, die der Branchenkommission sowohl wie dem Genossen Knopf als Mitglied der Prüfungskommission gemacht wurden, wollen wir hier im Interesse der Bewegung nicht eingehen, da man über die Laktif einer Lohnbewegung erst nach ihrer Beendigung zu sprechen pflegt.

Die Versammlung nahm einstimmig einen Antrag an, in dem die Unzufriedenheit über das bisherige Verhandlungsergebnis ausgedrückt wird, die sofortige Einberufung von Werksratversammlungen und eine neue Branchenversammlung bis spätestens nächsten Montag verlangt wird, in der über das Ergebnis der weiteren Verhandlungen berichtet werden soll und die dann die notwendigen Kampfmaßnahmen bestimmen wird.

Verstöße gegen Arbeiterschutz und Betriebsrätegesetz

Wie der Amliche Preussische Preisdienst auf Grund einer allgemeinen Verfügung des Justizministers mitteilt, sind in Strafsachen die Zuwiderhandlungen gegen eine zum Schutz der Arbeitnehmer gegebene Vorschrift betreffen — z. B. das Gebot betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, § 9 des Gesetzes gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen, Arbeitszeitverordnungen, Betriebsrätegesetz, Befehl über weibliche Angestellte in Gold- und Schmuckgeschäften — dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten für Berlin

PROGRAMM für die Zeit vom 17. bis 19. Januar 1928	<h1>KINO-TAFEL</h1>	PROGRAMM für die Zeit vom 17. bis 19. Januar 1928
<p>BTL</p> <p>Potsdamer Straße 38 Zwei an dem Himmelzelt Nach dem Roman d. Berl. III. Zeitung mit: Mg. Schlegel, Ernst Deutsch</p> <p>Rheinstraße 14 Dr. Bessels Verwundung Nach dem Roman d. Berl. III. Zeitung mit: Hans Stuwe</p> <p>Odeon, Potsdamer Str. 75 Der falsche Prinz Dazu: Der Cowboy-Boxer, 5 Akte mit Tom Tyler</p> <p>Turmstraße 12 Verlängert! Die Jugend der Königin Luise Für Jugendliche</p> <p>Alexanderstraße 39-40 (Passage) Verlängert! Die Jugend der Königin Luise Für Jugendliche</p> <p>Südwesten</p> <p>Passage-Lichtspiele Neukölln, Bergstraße 181-82 Das K. u. K. Ballettmittel Ferner: Coosance Talmadge in Die Venus von Venedig Bühnenschauspiel</p>	<p>Film-Palast Kammersäle Teltower Straße 1-4 Der Bettelstudent mit Harry Liedtke und das große Schauspiel</p> <p>Norden</p> <p>Casino-Lichtspiele Brunnenstr. 131 Die Spelaria (Harry Liedtke) Die Venus von Venedig Große Bühnenschauspiel</p> <p>Senefelder Lichtspiele am Senefelderplatz, Ecke Metzger Straße Die Flucht in den Zirkus Dazu: Die Charlestonsgirls</p> <p>Osten</p> <p>Concordia-Palast Andreasstraße 64 Die Stadt der 1000 Freuden Achtung, Sprengstoff Abenteuer im mit R. Talmadge Große Bühnenschauspiel</p> <p>Viktoria-Lichtbild-Th. Frankfurter Allee 48 Die Notch Auf der Bühne: Gustl Beer in Die Welt im Schelawort</p> <p>Schwarzer Adler Frankfurter Allee 99 Laura La Plante in Spuk im Schloß Die Dame mit dem Tigerfell Bühnenschauspiel</p> <p>Gesundbrunnen</p> <p>Kristall-Palast Prinzenallee 1-6 Der Weg allen Fleisches mit Emil Jennings Große Bühnenschauspiel</p> <p>Marienbad-Palast Badstraße 35-36 Die Liebe der Jeanne Ney Große Bühnenschauspiel</p> <p>Prinzen-Palast Prinzenallee 42-43 Galgenhochzeit Große Bühnenschauspiel</p> <p>„Alhambra“ Badstraße 58 Steh ich in finsterner Mitternacht Große Bühnenschauspiel</p> <p>Humboldt-Theater Badstraße 19 Die weiße Sklavin Große Bühnenschauspiel</p> <p>Nordwesten</p> <p>Welt-Kino Alt-Moabit 99 Bis Donnerstag verlängert! Der Gaucho mit Paibanks Ferner: Teddy als Auskneifer und Endspurt der Liebe</p> <p>Parkow</p> <p>Tivoli-Lichtspiel-Th. Berliner Straße 27 Harry Domela der falsche Prinz Bühne: Anna Müller-Linke und Kronström in: „So leben wir“</p> <p>Palast-Theater Breite Straße 21a Die Jugend der Königin Luise mit: Mady Christians Für Jugendliche</p> <p>Canariottenburg</p> <p>Faun-Lichtspiele Krumme Straße 37 Harry Pfl in Zivano Ferner: Der Prinzgemahl Bis 7 Uhr Vorzugspreise, Anf. 7 u. 9,15</p> <p>Schlüter-Theater Schlüterstraße 17 Der Kellner aus dem Palasthotel Ferner: Alpenglüh Anfang 7 und 9,15 Uhr</p>	<p>Blumenspenden über den letzten Preis Paul Golletz Dorm. Isen Str. Mariannenstraße 3. Off. Raumfahrt Bism. Str. 100 00</p> <p>Achtung! Gepökelte Eisbeine Pfd. 30 Pf. Achtung! Inferieren C. Laeske, Wurst- fabrik Petersburger Platz 8 bester ERFOLG!</p> <p>KÜCHEN ist malter Küche Lottchen . . . 55 M. 90 M. Küche Christine m. Anr. 85 M. 135 M. RIESEN-AUSWAHL roher, lackierter, lasierter, Küchen, einz. Kleider- u. Küchenschränke in ca. 135 Mustern. HIMMEL Hauptgeschäft: Lothringer Str. 22, Schönhaus, Tor Filiale: Gr. Frankfurter Str. 40 am Straus- berger Pl.</p> <p>Erlinder - Vorwärts breitend Vertriebsmöglichkeit mit 7 Kautschuk- Beschlägen. Ein neuer Geist gratis durch Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71</p> <p>Verlangen Sie Sonder-Angebot</p> <p>Wasch Maschinen mit Wäsche- System</p> <p>Wasche Roller</p> <p>Auch bis zu 18 Monatsraten Raddatz & Co. Berlin, Leipziger Str. 122-123</p> <p>Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dachmann A.-G. W 57 Wochenblätter - Prospekt gratis Wald- u. Wasserstellen - Nachweis.</p>